# K + S-Salzrohr auf dem Prüfstand der Bürger

## Vier Wochen lang Einsicht, Einsprüche bis 15. September möglich

Von Jan-Christoph Eisenberg

**HERSFELD-ROTENBURG.** Jetzt darf die Öffentlichkeit die Pläne von K+S für eine Salzwasser-Fernleitung an die Oberweser genau unter die Lupe nehmen. Ab Montag können die Unterlagen einen Monat lang in allen Rathäusern, die entlang der geplanten Trasse liegen, eingesehen werden – ebenso im Internet. Bis 15. September dürfen Bürger, Kommunen und Verbände Stellungnahmen abgeben.

In die Unterlagen seien Stellungnahmen aus der ersten Offenlegung sowie die Vorgaben des Bewirtschaftungsplans Weser eingeflossen, erklärt Jörg Willecke, Leiter der Öffentlichkeitsbeteiligung für die Fernleitung bei K+S. Wesentliche Veränderungen gibt es in der Oberweser-Region: Dort wurden ein dritter möglicher Standort für das benötigte Speicherbecken sowie eine Alternative zum Einleitbereich bei Gieselwerder aufgenommen. Das Salzwasserrohr könnte demnach auch wenige Kilometer flussabwärts bei Gewissenruh (Landkreis Kassel) münden.

Ob die Pipeline überhaupt kommt, entscheidet die Flussgebietsgemeinschaft Weser 2018. Das Rohr ist im Masterplan Salzreduzierung eine Option für die Entsorgung der flüssigen Abfälle aus der Kaliproduktion im Werratal. Weitere Optionen sind Anlagen zur Abwasserreduzierung, die Einstapelung flüssiger Rückstände in ehemalige Gruben und die Begrünung der Abraumhalden. Durch den möglichen Bau der Fernleitung werde die Wasserqualität der Weser nicht verschlechtert, die Werra durch den späteren Einleitpunkt und sinkende Grenzwerte aber entlastet, betont Willecke.

Wolfgang Wiest, Vorsitzender des Aktionsbündnisses salzfreies Märchenland, und Naturschutzreferent Thomas Norgall vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Hessen bezweifeln das. K+S benötige die Leitung, weil durch die geplanten Haldenerweiterungen die Abwassermenge steige, sagte Norgall im Interview mit unserer Zeitung, das am Montag erscheint.

**ZUM TAGE, HINTERGRUND, SEITE 2**

**HINTERGRUND**

### Diese Kommunen sind betroffen

Gegenstand des Raumordnungsverfahrens ist ein 140 Kilometer langer, 600 Meter breiter Korridor. Der genaue Verlauf des ummantelten Stahlrohrs mit 40 Zentimetern Durchmesser wird erst im Planfeststellungsverfahren festgelegt. Betroffen sind Knüllwald, Hohenroda, Malsfeld, Liebenau, Schauenburg, Trendelburg, Calden, Habichtswald, Hofgeismar, Schenklengsfeld, Edermünde, Gudensberg, Philippsthal, Baunatal, Alheim, Bad Hersfeld, Ludwigsau, Friedewald, Oberweser, Wahlsburg, Zierenberg, Felsberg sowie der Gutsbezirk Reinhardswald, in deren Verwaltungen die Unterlagen ausliegen.

**www.fernleitung-oberweser.de**
**www.rp-kassel.hessen.de/umwelt-natur**